Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Bundesamt für Justiz
Direktionsbereich Privatrecht
Bundesrain 20
3003 Bern

24. Februar 2009

Vernehmlassung zur Teilrevision des Obligationenrechts (Schutz bei Meldung von Missständen am Arbeitsplatz)

Sehr geehrter Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur geplanten Teilrevision des Obligationenrechts (Schutz bei Meldung von Missständen am Arbeitsplatz) Stellung zu nehmen. Wir machen von dieser Möglichkeit gerne Gebrauch und äussern uns wie folgt:

Die Meldung von Missständen am Arbeitsplatz stellt meist eine Gratwanderung zwischen öffentlichen Interessen und Treuepflichten des Arbeitnehmers dar, zumal sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer solchen Meldung dem Risiko von Vergeltungsmassnahmen aussetzen. Insbesondere besteht die Gefahr einer Kündigung. Wir begrüssen daher die Zielsetzung der Teilrevision des Obligationenrechts. Die vorgesehene Regelung baut auf dem geltenden Recht auf und ist dabei bestrebt, die Treuepflicht zu konkretisieren. Damit bringt die neue Bestimmung ein grösseres Mass an Klarheit und Berechenbarkeit. Gemäss Rechtsprechung und der herrschenden Lehre gilt die berufliche Schweigepflicht grundsätzlich auch für Missstände. Die Meldung unerlaubter Handlungen wird nur bei einem überwiegenden Interesse als zulässig erachtet, wobei der Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu berücksichtigen ist. Mit der neuen Regelung von Art. 321a^{bis} OR wird nun möglichst konkret umschrieben, unter welchen Voraussetzungen die Meldung von Missständen keine Treuepflichtverletzung darstellt. Dies erlaubt auch den Behörden, entsprechende Anfragen von Betroffenen besser beantworten zu können. Für die Arbeitnehmenden selbst bleibt zwar noch immer eine gewisse Restunsicherheit, ob die Meldung eines Missstandes eine Treuepflichtverletzung darstellt oder nicht. Dieser Aspekt ist jedoch nicht gänzlich negativ einzustufen, da gerade durch diesen Umstand vermieden werden kann, dass eine plötzliche Flut von Meldungen angeblicher Missstände entsteht.

Der Kanton Solothurn begrüsst daher die Einführung des neuen Art. 321a^{bis} OR sowie die Änderung von Art. 336 Abs. 2 lit. d OR. Sowohl die Voraussetzungen für eine rechtmässige Meldung von

Misständen, wie auch die Missbräuchlichkeit einer im Anschluss an eine rechtmässige Meldung erfolgte Kündigung beurteilen wir als praxisbezogen und konsequent.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass wir der Vorlage zustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.

Klaus Fischer
Landammann

sig.

Andreas Eng
Staatschreiber